

# **Satzung der Diakonie-Stiftung Frankfurt am Main**

## **§ 1**

### **Name, Sitz**

1. Die Stiftung führt den Namen Diakonie-Stiftung Frankfurt am Main.
2. Die Stiftung ist eine rechtsfähige, kirchliche Stiftung bürgerlichen Rechts.
3. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main.

## **§ 2**

### **Stiftungszwecke**

1. Stiftungszwecke sind:
  - a) die Förderung diakonischer Arbeit i. S. der Hilfe für andere auf der Grundlage der christlichen Nächstenliebe,
  - b) die Förderung und Unterstützung von Personen, die aufgrund ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustands oder aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation auf die Hilfe anderer angewiesen sind (§ 53 Abs. 1 und 2 Abgabenordnung),
  - c) die Förderung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien,
  - d) die Behinderten- und Altenhilfe sowie die Krankenpflege,
  - e) die Ermöglichung der Teilhabe sozial benachteiligter Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund am soziokulturellen Leben und die Förderung der Integration in das Gemeinwesen.
  - f) Die Stiftung kann die treuhänderische Verwaltung nicht rechtsfähiger Stiftungen übernehmen, deren überwiegende Zwecke ganz oder teilweise im Rahmen der in dieser Satzung festgelegten Zwecke liegen.
2. Die Stiftungszwecke werden von der Stiftung interdisziplinär erfüllt, d.h. die Stiftungsvorhaben können zweckübergreifend erfüllt werden. Die Stiftung darf alle Maßnahmen ergreifen, die ihr zur Verwirklichung ihrer Zwecke sachdienlich erscheinen. Bei der Verwendung der Stiftungsmittel dürfen die Gremien inhaltliche und strategische Schwerpunkte setzen und sind nicht verpflichtet, sämtliche Zwecke während eines Geschäftsjahres zu erfüllen.
3. Die Stiftungszwecke sollen insbesondere erfüllt werden durch die ideelle, materielle und finanzielle Unterstützung diakonischer Aufgaben sowie durch konkrete Projekte zu deren Durchführung. Die Stiftung kann ihre Zwecke insbesondere durch folgende exemplarische Maßnahmen verwirklichen:
  - Finanz- und/oder Sachzuwendungen an körperlich, geistig oder seelisch behinderte Mitbürgerinnen und Mitbürger, die im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe gewährt werden, wodurch die Eingliederung von Betroffenen in das Alltagsleben ermöglicht werden soll,
  - Organisation und Durchführung von Hilfsmitteln oder von baulichen Veränderungen an Wohnungen und Einrichtungen mit dem Ziel, das Alltagsleben von hilfsbedürftigen Menschen zu erleichtern,
  - Durchführung von Kinder- und Jugendfreizeiten, Organisation von Betreuungsangeboten und schulbegleitenden Maßnahmen, um insbesondere Kindern und Jugendlichen aus einem Elternhaus mit eingeschränkten finanziellen Mitteln eine sinnvolle Freizeitgestaltung mit edukativem Hintergrund zu ermöglichen,

- Organisation von Integrationsmaßnahmen, um bspw. Migrantinnen und Migranten eine Eingliederung in die hiesige Gesellschaft zu erleichtern und Barrieren abzubauen, z. B. Informationsveranstaltungen zu Betreuungsangeboten, Sprachkurse, Unterstützung beim Umgang mit Behörden, Maßnahmen zur Vermittlung gesellschaftlichen Wissens, das die Grundlage unseres Gemeinwesens und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bildet,
  - Einrichtung und Unterhaltung von Betreuungs- und/oder Behandlungseinrichtungen für Hilfsbedürftige, Seniorinnen und Senioren, Kranke sowie Personen, die auf diakonische Hilfe angewiesen sind.
4. Schwerpunkte dieser Tätigkeit sollen bei der Kinder-, Jugend- und Familienbetreuung, bei der Hilfeleistung für Menschen in Lebenskrisen, für Menschen mit Behinderungen, für Menschen, die auf Krankenpflege und/oder medizinische Hilfe angewiesen sind, und bei der Ermöglichung eines selbstbestimmten Lebens im Alter sowie in der letzten Lebensphase gesetzt werden.
  5. Die Stiftung arbeitet hier mit den Einrichtungen der Diakonie sowie mit Kirchengemeinden, Selbsthilfegruppen und sonstigen ambulanten und stationären Einrichtungen zusammen, die Beratung, Begleitung und Unterstützung von betroffenen Menschen anbieten.
  6. Die Stiftung ist in ihrem Tätigkeitsfeld lokal nicht beschränkt, sofern sie Mittel durch Spenden oder Zustiftungen erhält, soll aber den Fokus ihrer Tätigkeit in Frankfurt am Main suchen.

### **§ 3**

#### **Steuerbegünstigung**

1. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinn des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
2. Die Stiftung ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Die Mittel der Stiftung dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Niemand darf durch Ausgaben, die dem Zweck der Stiftung fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

### **§ 4**

#### **Stiftungsvermögen**

1. Der Evangelische Regionalverband Frankfurt am Main überträgt der Stiftung ein Barvermögen von 1.500.000,- € (in Worten: Eine Million und fünfhunderttausend Euro).
2. Das Stiftungsvermögen ist in seinem Bestand zur Erfüllung des Stiftungszweckes möglichst ungeschmälert zu erhalten. Vermögensumschichtungen sind nach den Regeln ordentlicher Wirtschaftsführung zulässig.
3. Das Vermögen der Stiftung kann durch Zustiftungen, die ausdrücklich als solche bestimmt sind, erhöht werden.
4. Zuwendungen an die Stiftung können mit der Auflage verbunden werden, dass sie für eine im Rahmen des Stiftungszwecks vorgesehene Einzelmaßnahme zu verwenden sind.
5. Der Stiftungsvorstand kann beschließen, für bestimmte Arbeitsschwerpunkte (z. B. für sehbehinderte und blinde Menschen) Unterfonds zu errichten.



## **§ 5**

### **Mittelverwendung**

1. Die Stiftung erfüllt ihre Aufgaben aus den Erträgen des Stiftungsvermögens und aus den Zuwendungen, die nicht das Stiftungsvermögen erhöhen.
2. Die Mittel der Stiftung dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden.
3. Niemand darf durch Ausgaben, Leistungen oder Zuwendungen, die mit dem Stiftungszweck nicht zu vereinbaren sind, begünstigt werden.
4. Die Stiftung kann ihre Mittel ganz oder teilweise einer Rücklage zuführen, sofern diese erforderlich ist, um ihre Zwecke nachhaltig erfüllen zu können, und soweit für die Verwendung der Rücklage konkrete Ziel- und Zeitvorstellungen bestehen. Auf Beschluss des Stiftungsvorstandes können freie Rücklagen in der abgabenrechtlich zulässigen Höhe gebildet werden.
5. Ein Rechtsanspruch auf die Leistung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
6. Das Vermögen der nicht rechtsfähigen Stiftungen ist getrennt vom Stiftungsvermögen zu verwalten.

## **§ 6**

### **Gremien der Stiftung**

1. Gremien der Stiftung sind der Stiftungsvorstand und der Verwaltungsrat. Die Mehrheit der Mitglieder des Stiftungsvorstandes muss einer evangelischen Kirche angehören, die Mitglied der Evangelischen Kirche in Deutschland ist. Das andere Mitglied kann einer Kirche angehören, die Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen ist.
2. Die Gremien wählen aus ihrer Mitte eine/n Vorsitzende/n und eine/n stellvertretende/n Vorsitzende/n.
3. Die Beschlüsse der Gremien werden in Sitzungen, in besonderen Fällen im schriftlichen Umlaufverfahren gefasst. Die Gremien tagen mindestens einmal jährlich. Sie geben sich eine Geschäftsordnung.
4. Zu Sitzungen des jeweiligen Gremiums lädt der/die Vorsitzende mit einer Frist von mindestens einer Woche unter Nennung der Tagesordnung schriftlich per Brief oder über sonstige Kommunikationsmittel (Telefax, E-Mail etc.) ein.
5. Die Gremien sind beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Vertretung ist unzulässig. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst; es sei denn, diese Satzung bestimmt etwas anderes. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der/des Vorsitzenden den Ausschlag. Bei deren/dessen Abwesenheit entscheidet die Stimme der/des stellvertretenden Vorsitzenden. Stimmenthaltungen gelten als Gegenstimmen. Im Umlaufverfahren gefasste Beschlüsse bedürfen der Mehrheit der Mitglieder der Gremien. Das Ergebnis des Umlaufbeschlussverfahrens ist in der Niederschrift der nächsten ordentlichen Sitzung zu vermerken.
6. Ladungsfehler gelten als geheilt, wenn alle Gremienmitglieder anwesend sind und diese den/die Ladungsfehler nicht rügen.
7. Über die Sitzungen ist eine Niederschrift zu fertigen, die von der/dem Vorsitzenden des jeweiligen Gremiums zu unterschreiben ist.
8. Die Mitglieder der Gremien haben über vertrauliche Angaben, die ihnen durch ihre Tätigkeit bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren.

9. Die Amtszeit der berufenen Mitglieder der Stiftungsgremien beträgt sechs Jahre. Wiederberufung ist zulässig. Die Amtszeit endet automatisch bei Vollendung des 75. Lebensjahres. Bis zu einer Neuberufung bleibt der Stiftungsvorstand im Amt.
10. Die Mitglieder der Stiftungsgremien sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten Ersatz ihrer angemessenen, nachgewiesenen Aufwendungen. Weitere Leistungen der Stiftung an sie sind nicht statthaft.

## **§ 7 Stiftungsvorstand**

1. Der Stiftungsvorstand besteht aus drei Mitgliedern.
2. Dem Stiftungsvorstand gehören an:

a) die/der Vorsitzende des Evangelischen Regionalverbandes Frankfurt am Main.

Scheidet die/der Vorsitzende vor Ablauf der Amtszeit aus dem Stiftungsvorstand aus, so tritt deren/dessen Nachfolger/-in in das Amt ein.

b) der/die Leiter/-in des Diakonischen Werks für Frankfurt am Main des Evangelischen Regionalverbandes Frankfurt am Main.

Scheidet der/die Leiter/-in des Diakonischen Werkes vor Ablauf der Amtszeit aus dem Stiftungsvorstand aus, so tritt dessen/deren Nachfolger/-in in das Amt ein.

c) ein weiteres Mitglied, das der Vorstand des Evangelischen Regionalverbandes Frankfurt am Main vorschlägt und von der Regionalversammlung des Evangelischen Regionalverbandes Frankfurt am Main berufen wird. Wiederberufung und Abberufung aus wichtigem Grund sind zulässig.

## **§ 8 Aufgaben des Stiftungsvorstandes**

1. Der Stiftungsvorstand verwaltet die Stiftung. Er hat die Stellung eines gesetzlichen Vertreters und vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich. Er führt die Geschäfte der Stiftung nach den gesetzlichen und satzungsgemäßen Bestimmungen.
2. Rechtsgeschäftliche Erklärungen sind von der oder dem Stiftungsvorstandsvorsitzenden, im Verhinderungsfall von deren oder dessen Vertreterin oder Vertreter und jeweils einem weiteren Stiftungsvorstandsmitglied zu unterzeichnen.
3. Der Stiftungsvorstand hat die Stiftung so zu verwalten, dass eine Verwirklichung des Stiftungszwecks gewährleistet ist. Er ist zur möglichst wertbeständigen, sicheren und wirtschaftlichen Verwaltung des Stiftungsvermögens verpflichtet.

Er hat insbesondere folgende weitere Aufgaben:

a) die Vergabe der Stiftungsmittel,

b) die Aufstellung des Wirtschaftsplanes und

c) die Vorlage der Jahresrechnung mit einer Vermögensübersicht und dem Bericht über die Erfüllung des Stiftungszwecks bei der kirchlichen Stiftungsaufsicht.

4. Der Stiftungsvorstand kann sich zur sachgerechten Erfüllung seiner Pflichten der entgeltlichen Hilfe dritter Personen bedienen.



## **§ 9**

### **Verwaltungsrat**

In seiner Tätigkeit wird der Stiftungsvorstand von dem Verwaltungsrat unterstützt. Der Verwaltungsrat besteht aus höchstens neun Mitgliedern, die von der Regionalversammlung des Evangelischen Regionalverbandes Frankfurt am Main für die Dauer ihrer Wahlperiode berufen und aus wichtigem Grund abberufen werden.

## **§ 10**

### **Aufgaben des Verwaltungsrates**

1. Der Verwaltungsrat hat den Stiftungsvorstand in seiner Tätigkeit zu fördern, zu beraten und zu beaufsichtigen. Ihm obliegen insbesondere die Abnahme der Jahresrechnung sowie die Entlastung des Stiftungsvorstandes. Zu den Aufgaben des Verwaltungsrates gehören:
  - a) Empfehlungen zur Verwendung der Stiftungsmittel,
  - b) eine jährliche Information an die Regionalversammlung des Evangelischen Regionalverbandes Frankfurt am Main,
  - c) die öffentlichkeitswirksame Darstellung der Stiftung in der Gesellschaft und den Medien, insbesondere zur Einwerbung von Stiftungsmitteln.
2. Beschlüsse des Stiftungsvorstandes in folgenden Angelegenheiten
  - a) Aufnahme und Kündigung von Darlehen und Wechselverbindlichkeiten,
  - b) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und Erbbaurechten,
  - c) Erstellung einer Anlagekonzeption für Finanzanlagen des Stiftungsvermögens,
  - d) Abschluss von Rechtsgeschäften mit einem Geschäftswert von mehr als 250.000,- €bedürfen der Genehmigung des Verwaltungsrates.

## **§ 11**

### **Geschäftsjahr**

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

## **§ 12**

### **Stiftungsaufsicht**

Die Stiftung unterliegt der kirchlichen Stiftungsaufsicht der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau nach Maßgabe der jeweiligen Stiftungsgesetze.

### **§ 13**

#### **Umwandlung, Zusammenlegung, Aufhebung**

1. Die Umwandlung, Zusammenlegung oder Aufhebung der Stiftung ist nur zulässig, wenn sie wegen wesentlicher Veränderungen der Verhältnisse notwendig oder wenn die Erfüllung des Stiftungszweckes unmöglich geworden ist.
2. Der Stiftungsvorstand kann die Änderung der Satzung im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrat beschließen. Der Beschluss bedarf der Zustimmung aller Mitglieder des Stiftungsvorstands sowie einer  $\frac{3}{4}$ -Mehrheit im Verwaltungsrat.
3. Der Beschluss darf die Steuerbegünstigung der Stiftung nicht beeinträchtigen.

### **§ 14**

#### **Vermögensanfall bei Erlöschen der Stiftung**

Im Falle der Aufhebung der Stiftung oder bei Wegfall ihrer steuerbegünstigten Zwecke fällt das Restvermögen an den Evangelischen Regionalverband Frankfurt am Main, der es ausschließlich und unmittelbar entsprechend des in § 2 dieser Satzung näher beschriebenen Zwecks zu verwenden hat.

### **§ 15**

#### **In-Kraft-Treten**

Die Satzung tritt mit Anerkennung durch die Stiftungsaufsicht in Kraft.

Frankfurt a. M., den 23.04.2008

Esther Gebhardt, (Vorsitzende des Vorstandes des Evangelischen Regionalverbandes)